

Berlin, 19. Mai 2006

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser meines Rundbriefs,

heute hat sich der Bundestag erstmals mit dem Kongo-Einsatz der Bundeswehr befasst. Diese Debatte ist mir persönlich sehr wichtig, denn es geht hier um eine Weichenstellung, nicht nur was die Situation in der Demokratischen Republik Kongo anbelangt. Der Ausgang der Debatte ist von großer Bedeutung für das zukünftige afrika- und UN-politische Engagement Deutschlands und der EU. Wir Grünen sollten uns deswegen leidenschaftlich und sachlich kompetent auf allen Ebenen in diese Debatte einbringen. Ich hoffe, ich kann Euch/Ihnen mit diesem Rundbrief ein paar interessante Informationen und Anstöße dazu liefern. Mein Büro und ich stehen Ihnen/Euch auch gerne für Nachfragen und Anregungen zur Verfügung.

Mit grünen Grüßen



Worum geht es im Kongo?

Auf den ersten Blick scheint die Situation paradox: Wir Grünen sind die einzigen, die im Bundestag konsequent für den Bundeswehreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo eintreten. Warum?

Es gibt für uns drei sehr gute Gründe, prinzipiell für den Einsatz zu sein:

1. Absicherung der wichtigen Wahlen in der DR Kongo

Am 30. Juli finden die ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit 1960 statt. Sie beenden formell den politischen Übergangsprozess, in dessen Rahmen seit 2003 die verfeindeten Bürgerkriegsmilizen eine gemeinsame Übergangsregierung bilden. Dieser Friedensprozess und die anstehenden Wahlen sind für die 55 Millionen Kongolesen und für die gesamte zentralafrikanische Region der Großen Seen von zent-

raler Bedeutung, entsprechend groß sind die Hoffnungen. Denn nach Jahrzehnten der Mobutu-Diktatur und dem so genannten ersten afrikanischen Weltkrieg, der von 1998 bis 2003 über 3,8 Millionen Kongolesen das Leben gekostet hat gibt es nun eine realistische Chance auf eine friedlichere und demokratische Zukunft für das Land. Allerdings steht das Land an einem Scheideweg. Es besteht auch die Gefahr eines Rückfalls in Chaos und Bürgerkrieg, falls es bei den Wahlen zu massiven Unregelmäßigkeiten kommen sollte und die Wahlverlierer ihre Niederlage nicht akzeptieren sollten, sondern erneut zu den Waffen greifen.

Die beschlossene 1.500 Soldaten große EU-Truppe soll vor allem Abschreckungsfunktion haben. Sämtliche Parteien der kongolesischen Übergangsregierung haben die EU-Truppe explizit gebilligt, die kongolesische Zivilgesellschaft begrüßt sie explizit als Garanten für einen erfolgreichen Wahlverlauf und der Sicherheitsrat hat die Mission einstimmig beschlossen.

Auch wenn sie mit 1.500 Soldaten relativ klein ist: in der DR Kongo hat eine relativ kleine aber gut ausgerüstete europäische Truppe einen enorm hohen politischen und militärischen Abschreckungseffekt. Schon 2003 konnte die EU-Truppe Artemis in der kongolesischen Provinz Ituri mit wenigen Kräften marodierende Milizen und eine sich anbahnenden Völkermord stoppen. Außerdem: Die EU-Truppe ist auch ein wichtiges *politisches* Signal an die Kongolesen: Wir lassen euch in dieser kritischen Situation nicht im Stich!

2. Unterstützung der UN und ihrer größten Peacekeeping-Mission

Die 1.500 europäischen Soldaten sind lediglich eine zusätzliche Komponente zur Absicherung der Wahlen. Die Vereinten Nationen haben mit den 17.000 Soldaten der MONUC ihre größte Peacekeeping Mission weltweit in der DR Kongo stationiert. Diese trägt weiterhin die Hauptlast bei der Befriedung des Landes. Ohne MONUC - für die die internationale Gemeinschaft jährlich etwa 1,2 Milliarden Dollar aufbringt - wären die bisherigen Fortschritte bei der Befriedung des Landes unmöglich gewesen.

Für die Vereinten Nationen steht in der DR Kongo sehr viel auf dem Spiel. Nach dem Versagen der internationalen Gemeinschaft beim Völkermord in Ruanda ist der Friedensprozess in der DR Kongo der Lackmustest für das UN-Peacekeeping in Afrika. Leider werden die UN in Afrika und auch in der DR Kongo bisher von den reicheren Nationen im Stich gelassen. Es sind Soldaten aus den ärmeren Nationen – in der DR Kongo vor allem aus Pakistan, Indien, Bangladesh, Nepal, Uruguay und Südafrika - die die personelle Last des Peacekeeping in Afrika leisten. Dieses Zwei-Klassen-System beim UN-Peacekeeping ist ein Skandal. Gerade Deutschland und die EU, die sich den UN-gestützten Multilateralismus groß auf die Fahne geschrieben haben müssen hier ihre Politik ändern. Die EU-Mission im Kongo kann hier ein Anfang sein.

3. Für eine EU-Afrika-Partnerschaft

Grundsätzlich gilt: Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme! Wir verwehren uns jeglichem Neokolonialismus gegenüber Afrika!

Die Staaten des afrikanischen Kontinents haben sich mit der Afrikanischen Union (AU) und seinem Sicherheitsrat einen politischen Rahmen gegeben mit dem Ziel, bald zu erfolgreiche eigenständiges Peacekeeping in der Lage zu sein. Die AU-Mission AMIS in der westsudanesischen Krisenprovinz Darfur war dafür ein Anfang. Dieser Anfang zeigt jedoch auch, dass die AU bisher nur sehr eingeschränkt erfolgreiches Peacekeeping leisten kann. Inzwischen wurde deswegen beschlossen, AMIS im Herbst in eine schlagkräftigere und größere UN-Mission umzuwandeln, um den schleichenden Völkermord in Darfur endlich zu stoppen.

Die EU-Staaten haben gerade im Dezember 2005 eine strategische Partnerschaft mit Afrika beschlossen. In dem Papier wird die Befriedung der zahlreichen Krisen auf dem afrikanischen Kontinent als gemeinsames Interesse formuliert. Die EU erklärt dabei die Absicht, sich aktiv am Peacekeeping in Afrika zu beteiligen und außerdem die Fähigkeiten der AU zum eigenständigen Peacekeeping zu stärken. Diesen guten Vorsätzen müssen Taten folgen. Die EU-Truppe in der DR Kongo ist ein erster richtiger Schritt - auch die AU stimmt ihr zu.

Grüne Kritik und Initiativen

Die Grüne Bundestagsfraktion wird dem Kongo-Einsatz der Bundeswehr voraussichtlich mit großer Mehrheit zustimmen. Aber wir haben auch eine deutliche Kritik am Vorgehen der Bundesregierung und an dem vorgelegten Mandat für die Bundeswehr.

Langfristige Stabilisierung der DR Kongo

Zuallererst vermissen wir ein politisches Gesamtkonzept zur Stabilisierung der DR Kongo. Die öffentliche Debatte und das Agieren der Bundesregierung war und ist von einer starken Reduktion aufs Militärische beschränkt. Wir haben deswegen einen Entschließungsantrag „Dauerhafter Frieden in der Demokratischen Republik Kongo“ vorgelegt. Darin fordern wir eine deutliche Erhöhung ziviler Unterstützung der Wahlen. Unter anderem müssen deutlich mehr als 140 EU-Wahlbeobachter der EU entsandt werden. Unsere mittel- und langfristigen Forderungen beziehen sich auf die Bereiche Sicherheitssektorreform, Infrastrukturaufbau, gute Regierungsführung und Ressourcenkontrolle zugunsten der Bevölkerung.

Eiertanz der Bundesregierung

Unsere heftige Kritik gilt Verteidigungsminister Jung, der seit Anfang des Jahres einen unverantwortlichen Eiertanz um das Mandat veranstaltet hat. Die Bundesregierung hat

sich international für eine strikte Begrenzung der EU-Mission und speziell des Bundeswehrmandats eingesetzt. Hier standen nicht Bedarfsanalyse und Anfrage der UN im Vordergrund, sondern die bornierten Skeptiker in den Koalitionsfraktionen. Das vorgelegte Mandat für die Bundeswehr beschränkt deren Einsatz nun ausdrücklich auf den Raum Kinshasa. Wir bedauern sehr, dass nicht wie sonst üblich, der Fall der Nothilfe auch außerhalb Kinshasas aufgenommen wurde.

Grüne Initiativen

In [meiner heutigen Bundestagsrede](#) habe ich den monatelangen Eiertanz der Bundesregierung in Sachen Kongo-Einsatz kritisiert und ein politisches Gesamtkonzept zur langfristigen Stabilisierung der DR Kongo angemahnt. Mein Büro hat zudem federführend den [Entschließungsantrag „Dauerhafter Frieden in der Demokratischen Republik Kongo“](#) unserer Fraktion ausgearbeitet. Über diesen Entschließungsantrag wird am 1. Juni zusammen mit dem Regierungsantrag abgestimmt. Damit wollen wir die leider zu oft auf das Militärische verengte Debatte in der Öffentlichkeit erweitern. Bereits im April haben wir deswegen eine umfassende [kleine Anfrage](#) an die Bundesregierung gestellt.

Zusammen mit meinem Kollegen Winni Nachtwei, dem sicherheits- und abrüstungspolitischen Sprecher unserer Fraktion habe ich eine [Presseerklärung zum Mandatsentwurf der Bundesregierung](#) verbreitet. Darin begrüßen wir das Mandat prinzipiell, kritisieren aber die fehlende Aufnahme der Nothilfe und den vorangegangenen Eiertanz der Bundesregierung.

Von besonderer Bedeutung ist die Ressourcenkontrolle in der DR Kongo. Ich habe mich deswegen mit einer Pressemitteilung auf die [Morddrohungen gegen kongolesische NGO-Vertreter](#) aufmerksam gemacht, die sich mutig gegen den brutalen Ressourcenraubbau engagieren. [entwicklungspolitik online](#) hat darüber einen sehr guten Bericht veröffentlicht.

Im Zuge der fraktionsinternen Meinungsbildung sind meine beiden Kollegen Hans-Christian Ströbele und Winni Nachtwei in die DR Kongo gereist. Die Ergebnisse ihrer vielfältigen Gespräche und ihre persönlichen Einschätzungen haben sie in zwei sehr detaillierten Reiseberichten ([hier](#) und [hier](#)) niedergeschrieben. Beide betonen die äußerst lebendige kongolesische Zivilgesellschaft und deren hohe Erwartungen an die Wahlen und die EU-Mission.